Es gilt das gesprochene Wort

TOP 11: Staatsvertrag zum Glücksspielwesen

Dazu sagt die finanzpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Monika Heinold:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Stellv. Pressesprecher
Dr. Jörg Nickel

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0178/28 49 591

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 380.07 / 13.09.2007

CDU – hoch gepokert und verspielt

Die Landesregierung hat sich entschieden: Am 10. Juli traten der Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Innenminister Ralf Stegner vor die Presse und erklärten, dass – und warum – die Landesregierung dem Staatsvertrag zum Glücksspielwesen zustimmen will.

Auffällig bei der gemeinsamen Pressekonferenz waren die völlig konträren Auslegungen des Kabinettsbeschlusses: Während der Ministerpräsident vom „kleinsten Fehler“ sprach und die Befristung des Staatsvertrages auf vier Jahre als Erfolg seines Engagements ansah, erklärte der Innenminister, dass alle Länder diese Befristung wollten und die Forderungen der CDU-Fraktion nach Liberalisierung der Sportwetten rechtswidrig sei.

Augenzeugen dieser Pressekonferenz berichten, dass die grimmige Miene des Ministerpräsidenten deutlich zeigte, dass er über diese Ausführungen seines geschätzten Innenministers not amused war. Hinzu kommt, dass die angeblich so erfolgreiche Befristung des Staatsvertrages auf vier Jahre eine sehr wackelige Angelegenheit ist, denn der Staatsvertrag tritt mit Ablauf des vierten Jahres nur außer Kraft, wenn nicht die Ministerpräsidentenkonferenz mit mindestens 13 Stimmen das Fortgelten des Staatsvertrages beschließt.

Das ist ein Freibrief für diejenigen Länder, die schon jetzt diesen Staatsvertrag wollten. Schleswig-Holstein wird sich später wohl kaum als gallisches Dorf und Eldorado der Sportwetten absondern können!

Die CDU-Fraktion hat hoch gepokert und alles verspielt. Noch im Mai hatten die Abgeordneten Arp und Stritzl in Berlin in der schleswig-holsteinischen Landesvertretung eine Veranstaltung zum Lottostaatsvertrag durchgeführt, eine verfassungs- und europarechtskonforme Neuregelung des Glücksspielmarktes angemahnt und sprachen anschließend von landes- und parteiübergreifender Unterstützung für ihren Vorschlag eines liberalisierten Sportwettenmarktes.

1/2

Was ist daraus geworden, meine Herren von der CDU? Die Landesregierung stimmt nun doch dem Glückspielmonopol der Staates zu, der Ministerpräsident unterschreibt den Staatsvertrag, den er eigentlich nicht wollte.

Meine Fraktion hat mehrmals erklärt, dass wir das Glückspielmonopol des Staates erhalten wollen. Der vorliegende Staatsvertrags sichert unsere Ziele ab: die Suchtbekämpfung und die Einnahmesicherung aus den Lotterien. Nach unserer Einschätzung ist das Festhalten am Staatsmonopol auch rechtlich zulässig. Bedenken haben wir hingegen bei der Einschränkung der Regularien für den Vertrieb, zumal der Beschluss des Kartellamtes hierzu eindeutig war. Deshalb haben wir uns mit unserem Landtagsantrag für eine Liberalisierung des Vertriebs der staatlichen Glücksspiele ausgesprochen.

Das vorliegende Gesetz schlägt einen anderen Weg vor: Gewerbliche Spielevermittler werden insbesondere durch das Glückspielverbot im Internet in ihrer Berufsausübung stark beschränkt. Die Frage, ob der vorliegende Staatsvertrag in Gänze europarechtskonform ist, ist nicht abschließend geklärt.

Auch die schleswig-holsteinische Landesregierung mag sich da nicht festlegen, so die Beratung im letzten Finanzausschuss.

Die Landesregierung legt also dem Landtag einen Gesetzesentwurf zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glückspielwesen vor, von dem sie selbst nicht sagen kann, ob er rechtskonform ist.

Und sechzehn Ministerpräsidenten unterschreiben diesen Staatsvertrag! Das macht meiner Fraktion die Zustimmung zum Staatsvertrag nicht leicht. Im Abwägungsprozess ist uns aber der Erhalt des Staatsmonopols so wichtig, dass wir uns wohl für diesen Staatsvertrag entscheiden werden – vorausgesetzt, in den Ausschussberatungen treten nicht neue Zweifel an der Rechtskonformität auf.

Meine Fraktion erwartet von der Landesregierung mit ihren hoch qualifizierten JuristInnen eine klare Einschätzung darüber, ob dieser Staatsvertrag ihrer Meinung nach rechtlich durchträgt oder ob die Gefahr droht, dass er schon bald nach in Kraft treten von der EU gekippt wird.